

Broder versus Edathy



Einen recht kurzweiligen Email-Schriftwechsel zwischen Henryk Broder und dem Innenexpertenpolitiker der SPD, Sebastian Edathy (SPD) über PI, die JTF und den Muslimmarkt gibts auf der Achse des Guten zu bestaunen. Um es vorweg zu nehmen: der Schluss ist am besten. [Hier klicken...](#)

Bezirksamt soll Inssan Baugrundstück suchen



Das jedenfalls haben [die gewählten Bezirksverordneten](#) von SPD, Grünen, FDP, Grauen und der Linken in ihrer jüngsten Versammlung im Rathaus Wilmersdorf beschlossen. [Wie berichtet](#) verweigerte Bezirksbaustadtrat Klaus-Dieter Gröhler (CDU) dem Verein Inssan eine Genehmigung zum Bau einer Großmoschee in der Charlottenburger Keplerstraße ([weitere PI-Berichte hier](#)).

Sie (Anm.: die Bezirksverordneten) warfen Baustadtrat Klaus-Dieter Gröhler (CDU) eine Verzögerungstaktik bei der Bearbeitung der Bauvoranfrage vor und forderten Wiedergutmachung. Nur die CDU stimmte dagegen, dass dem Verein Inssan bei der Suche nach einem geeigneten bezirklichen Grundstück geholfen werden soll. Das sei nicht

Aufgabe der Bauverwaltung. Dafür gebe es den Liegenschaftsfonds Berlin, sagte CDU-Fraktionsvorsitzender Bodo Schmitt.

Die CDU sei nicht generell gegen den Moscheebau, aber bis heute habe Inssan, ein Verein mit 40 Mitgliedern, die Finanzierung des etwa sieben Millionen Euro teuren Bauvorhabens nicht schlüssig und seriös dargelegt, sagte Schmitt. Außerdem bestünden Kontakte zur Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD), die einen anderen Staat installieren und in keiner Weise die Muslime in Deutschland integrieren wolle.

Die gewählten Volksvertreter außer die der CDU hyperventilieren. Es ist ihnen nicht nur vollkommen egal, woher die Gelder für den Bau kommen, es interessiert sie auch nicht, wen sie hier eigentlich unterstützen. Schließlich würde man ja auch bei keinem anderen Bauprojekt fragen, „wo die Kohle herkomme“.

Während die Mehrheit der Bezirksverordneten aus Integrationsüberlegungen für den Moscheebau plädierte, hatte eine Bürgerinitiative vor den Plänen gewarnt. Die Mitglieder bezweifeln die Liberalität von Inssan und fürchten, dass ihr Kiez durch ein rund 4000 Quadratmeter großes islamisches Kulturzentrum kippen könnte.

Den gewählten Volksvertretern ist das egal. Sie sind dabei, sich ein neues Volk zu suchen.

(Spürnasen: René St. und Juris P.)



Es war einmal eine ernst zu nehmende Zeitung

DIE ZEIT

Jetzt scheint sie mehr in Richtung Possenblatt abzudriften. Neuester Knaller nach Jessen ist ein [Kommentar von Christoph Dieckmann](#), in dem die deutsche Einheit als Gysis Verdienst dargestellt wird. „Das ist nun zugegebenermaßen eine Deutung der Wiedervereinigung, die man außerhalb der ZEIT noch nie lesen konnte“, schreibt Dr. Nicolaus Fest in einem absolut lesenswerten Kommentar in der BILD. [Hier lesen](#).

(Spürnase: Juris P.)

Von Einzelfällen in Multikulti-Zeiten

Ja, wir wissen, dass Gewaltverbrechen nicht nur von Migranten begangen werden. Das behauptet hier auch niemand. Wir greifen sie einzig aus dem Grund heraus, dass man sie uns regelmäßig zu verschweigen, oder wenn das nicht klappt, als Einzelfälle zu verkaufen versucht. Wir haben etwas dagegen, dass die Gewalt durch Zuwanderer aus Gründen der Political Correctness systematisch verschwiegen wird.

Einer dieser wegen ihrer Brutalität typischen Einzelfälle ereignete sich in der Nähe von Saarbrücken, ausnahmsweise [erstaunlich offen thematisiert](#) in der *Saarbrücker Zeitung*.

Drei Männer haben am Dienstagabend gegen halb elf Uhr in Beckingen einen 24-Jährigen zunächst misshandelt, dann niedergestochen. Das berichtete die Polizei gestern. Der Tatort: ein 300 Meter langes, dunkles Waldstück in der Nähe des Marktplatzes. Das Opfer: ein junger Mann, der bei Villeroy und Boch beschäftigt ist. Er kennt die Strecke, es ist sein üblicher Heimweg. Wird er ihn je wieder nehmen können? Ein Horror-Szenario: Drei Männer blockieren den Weg. Der erste fragt nach einer Zigarette, die der Radler ihm sofort anbietet. Doch der Zweite schlägt ihm mit einem harten Gegenstand gegen den Kopf, stößt ihn zu Boden und tritt auf ihn ein. Der dritte sticht acht Mal zu, trifft sechs Mal im Schulterbereich, zwei Mal in den Bauch. Danach durchsuchen die Täter, die zwischen 35 und 40 Jahre alt sein sollen, seine vorderen Hosentaschen nach Bargeld. Geld in der Gesäßtasche übersehen sie, lassen aber den Rucksack mitgehen. Darin: keine Wertgegenstände, persönliche Briefe. Ehe sie flüchten, zertrümmern die Täter auch noch das Mountainbike, werfen es in den Mühlenbach – Hinweis auf ihre hohe Aggressivität?

Der schwer verletzte Mann kann nach dem Angriff noch gehen, bewegt sich Richtung Marktplatz und trifft dort auf einen 19-Jährigen, der die Polizei ruft. Gegenüber der Polizei, die um 23.16 Uhr eintrifft, gibt das Opfer an, die Täter hätten ihn zwar in Deutsch angesprochen, dann aber in einer Fremdsprache – vermutlich auf Türkisch – miteinander gesprochen. Gestern war der 24-Jährige außer Lebensgefahr. Heute soll er wahrscheinlich die Klinik verlassen können.

Der andere Einzelfall [ereignete sich](#) in Nippes.

Köln – 30.05.2008 – 14:50 – In der Nacht auf Freitag (30. Mai) ist auf dem Vorplatz einer Kirche an der Mauenheimer Straße / Simon – Meister – Straße eine Frau sexuell missbraucht worden. Gegen 02.00 Uhr war das spätere Opfer von einer Gaststätte an der Turmstraße aus zunächst von der vier-

bis fünfköpfigen Tätergruppe verfolgt und angepöbelt worden.

An der Kirche kam es dann zu dem gewaltsamen Übergriff. Dort verging sich der bislang unbekannte, südländische Haupttäter im Beisein seiner umstehenden Begleiter an der Wehrlosen. Anschließend flüchtete die Gruppe in unbekannte Richtung.

Die Täter werden als „Südländer“ mit türkischem Akzent beschrieben.

(Allen Spürnasen herzlichen Dank)

»Deutschland kontrovers: [Courage in Deutschland ist lebensgefährlich](#) (Spürnase: Erwin Mustermann)



Päpstlicher Korb für Ahaminedschad



Irans Präsident hatte für nächste Woche den

Papst im Vatikan um Audienz ersucht und wurde abgewiesen. Der Papst sei zu beschäftigt und würde auch Frankreichs Nicolas Sarkozy und Ägyptens Husni Mubarak nicht empfangen, hieß es. Keinen Korb erhielt dagegen US-Präsident George Bush. Doch Bush ist nicht der „notorische Antisemit aus Teheran“.

SpOn [schreibt](#) über die Entscheidung des Vatikans, zwar normale diplomatische Beziehungen zu Iran zu unterhalten, aber den Präsidenten nicht während dessen Rom-Besuch anlässlich des FAO-Welternährungsgipfels empfangen zu wollen:

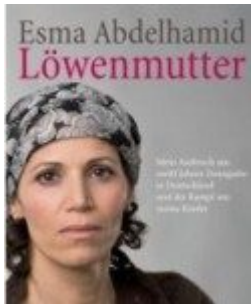
Nach einer Krisensitzung im Staatssekretariat ist offenbar entschieden, dass Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad die gewünschte Audienz beim Pontifex nicht bekommen wird.

„Auf keinen Fall“ werde es ein Treffen des Papstes mit dem iranischen Staatspräsidenten geben. Die Begründung: Benedikt XVI. habe in der kommenden Woche leider keine Zeit für Einzelaudienzen. Das betreffe auch die ebenfalls in Rom erwarteten Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy und Husni Mubarak.

Ein Foto des Papstes mit dem notorischen Antisemiten aus Teheran, beide womöglich lächelnd und Hände schüttelnd, wollte man dann doch nicht riskieren.

Das für den 13. Juni angesetzte Privattreffen des Papstes mit US-Präsident George W. Bush dagegen wird stattfinden.

Der US-Präsident ist allerdings nicht anlässlich des FAO-Welternährungsgipfels in Rom, sondern auf seiner Abschiedstournee durch Europa. In zu seinem Abschied zu empfangen, ist nichts als fair.



Geschlagen werden gehört für Muslimas zur Ehe



Alle (!) zwangsverheirateten muslimischen Männer schlagen und vergewaltigen ihre Frauen. Schläge gehören zur Zwangsehe wie “ das eherne Gesetz, dass eine Frau ihr Haus nur verlässt, um zu ihrem Mann zu gehen – oder ins Grab.“ Dies ergab sich aus der Befragung zwangsverheirateter Männer anlässlich einer Studie. „Ohne Sprachkenntnisse bleiben sie im Käfig der Umstände gefangen.“

So stellen wir uns ein Leben unterm Kopftuch vor. Nur Klischees? Nun sind gleich zwei autobiografische Berichte erschienen, die diese Vorstellung eines typisch islamischen Frauenschicksals untermauern. Beide Frauen, eine Tunesierin und eine Türkin, wurden zwangsverheiratet, zur Gebärmaschine degradiert, nach Deutschland verschickt und fanden erst dort, nach zähem Ringen, zu einer neuen, freieren Existenz. (...) Wie kommt es, dass eine junge Frau ein Jahrzehnt in Hamburg leben kann, ohne die Alster gesehen zu haben? Ist der politisch

korrekte Kulturrelativismus ein notwendiges Übel um des Minderheitenschutzes willen – oder ist er, im Gegenteil, ein Verbrechen gegenüber den unterdrückten Frauen? (...) «Löwenmutter: Mein Ausbruch aus zwölf Jahren Zwangsehe und der Kampf um meine Kinder» von Esma Abdelhamid resümiert schon im Titel den Plot. Das heikle, komplexe Thema Zwangsheirat, vor dem Schweizer Hilfsorganisationen bis heute zurückschrecken, kann im Grunde nur von den Betroffenen selbst aufgegriffen werden. Dafür müssen sie sich ausserhalb der Familie und der Gemeinschaft stellen und Drohungen, selbst Gewalttaten, in Kauf nehmen.

Als Esma ihre Landsfrau Karimah auf einem Hamburger Spielplatz kennen lernt, ist sie schon zweieinhalb Jahre in der Stadt, von der sie trotzdem nicht mehr kennt als ihre Wohnung, den Penny-Markt um die Ecke und das Krankenhaus, in dem sie ihre zwei Söhne gebar. (...) 1979 ist Esma Abdelhamid in Tunesien zwangsverheiratet worden – wie, laut einer Umfrage, etwa 20 Prozent aller türkischen Frauen, die in Deutschland leben. (...) Die betroffenen Mädchen sind oft noch nicht 18 Jahre alt; aktuelle, differenzierte Informationen liefert mittlerweile die Website zwangsheirat.ch. Dass in Zwangsehen Gewalt alltäglich ist, bestätigt eine Studie über Männer, die eine Zwangsehe eingegangen sind: Sämtliche (!) Befragten haben angegeben, dass sie ihre Frau schlagen und vergewaltigen.

Zustände, die Leute wie [Volker Ratzmann](#) oder [Rüdiger Veit](#) als erhaltens- und erstrebenswert empfinden.

(Spürnase: Florian G.)



Die DB-Privatisierung und der Steuermisbrauch



So verschwendet unser Staat bei der [Privatisierung der Deutschen Bahn](#) die Steuern, die aus dem Volk gepresst wurden. Jeder Wirtschaftsexperte, eigentlich auch jeder Politiker, müsste sich bei solchen kriminellen Verträgen und Machenschaften an den Kopf fassen und aufschreien, ob wir nicht ganz bei Trost sind. Dem Volke erklärt man, dass es keinen Spielraum für Steuersenkungen gibt und wir gestatten uns immer wieder Steuerverschwendungen?

So darf aktuell die Deutsche Bahn im Zuge der Privatisierung munter 1700 Kilometer Streckennetz stilllegen und trotz gesunkenem Zuschussbedarf gibt es weiterhin immer gleich viel Geld vom Staat,

wahrscheinlich um die Dividenden der Aktionäre zu erhöhen, vielleicht auch um unbekannte Löcher in den undurchsichtigen Bilanzen der Bahn zu stopfen (Buchhaltungsdifferenzen in Höhe von ca. 50-70 Mio.?). Aktuell jedenfalls erhält die Deutsche Bahn einen festen jährlichen Zuschuss von rund 2,5 Milliarden Euro von unserer Regierung ohne das Geld präzise an eine Leistungserbringung zu knüpfen!

Außerdem lässt der Bund der Bahn sehr große Freiheiten bei der Vertragsgestaltung (natürlich nur zugunsten der DB!) und der

Leistungserbringung, z.B. bei den Stilllegungen von Gleisabschnitten, die bis zu fünf Prozent des Schienennetzes ausmachen. Die DB könnte so bei deutlich geringeren Kosten deutlich mehr einnehmen. Welche Summe die Bahn nach der Privatisierung für die Erhaltung (Gleisanlagen etc.) zuzahlen soll oder besser will, ist zum Beispiel auch noch völlig unklar. Vielleicht gar nichts, wer weiß das schon, so was muss man bei einem Vertrag nicht genau klären, wozu auch?

Es gibt ja den doofen Steuerzahler, den man abzocken kann und die Politiker, die die Steuergelder freizügig umherwerfen. Aktuell werden rund 200 km Gleisstrecke jährlich stillgelegt. Bahnsprecher bestreiten natürlich jegliche Stilllegungspläne. Bei zu wenigen Experten stößt der aktuelle Plan auf Ablehnung und Unverständnis. Da bekommt jemand Geld für eine genau beschriebene Leistung. Aber wenn er die Leistung nicht erbringt, bekommt er das Geld trotzdem? Eigentlich sollten weitere Stilllegungen eine automatische Kürzung der Mittel bewirken.

(Gastbeitrag)



ZdJ über die
Judenfeindlichkeit der

Muslime



Hans Riebsamen von der FAZ [sprach gestern mit Salomon Korn](#) (Foto) vom Zentralrat der Juden über muslimischen Antijudaismus. Korn ist mit dem Urteil gegen den [Rabbiner-Attentäter](#) unzufrieden und beklagt Tendenzen in Deutschland, das Problem des Antisemitismus herunterzuspielen. Korn findet, [das Gericht](#) hätte dem offensichtlichen Judenhass des Täters nicht genug Rechnung getragen:

Die Verwendung von Schmähbegriffen wie „Scheißjude“, „Judenschwein“, „Saujude“. Das Gericht hat meiner Meinung nach diesen Punkt nicht zutreffend beurteilt.

Traditionell pflegen jene gegen Juden eingestellten Muslime eher religiöse als rassistische Vorurteile. Leider hat sich das in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten geändert. Im Zuge des Erstarkens muslimischen Fundamentalismus und islamistischen Terrors hat ein Teil der Muslime den biologistisch begründeten Rassenhass des Nationalsozialismus übernommen.

In diesem Punkt wäre Korn zu widersprechen, denn den Rassenhass gegen Juden gab es schon vor dem Nationalsozialismus auch unter Muslimen. Deshalb war man in Palästina damals von Hitlers Ideen auch gleich auf Anhieb sehr begeistert.

Wegen des Wortes „Schwein“ ist Korn im Fall der Frankfurter

Messerstechers überzeugt, dass

das Schimpfwort „Judenschwein“ oder „Saujude“ für ihn eine andere Bedeutung hatte als für einen Christen oder einen Atheisten. Das Schwein gilt in der muslimischen und jüdischen Religion als besonders unrein und abstoßend. Wer einen anderen ein Schwein nennt, erniedrigt ihn in besonderem Maße. Eine solche Schmähung hat zwischen Muslimen und Juden immer auch eine religiös-herabsetzende, auf die Entwertung der Persönlichkeit zielende Einfärbung. Diesen Aspekt, so scheint mir, hat das Gericht nicht ausreichend gewürdigt.

Vom muslimischen Antisemitismus schwenkt der Interviewer zur Judenfeindlichkeit (auch deutscher) Jugendlicher. Doch „Jude“ ist für Korn kein Schimpfwort:

Ich habe immer die Ansicht vertreten, das Wort „Jude“ sollte möglichst von allen benutzt werden, damit es ... in die Alltagssprache übergeht und von jedem Deutschen ohne Herzklopfen und ohne Vorbehalte ausgesprochen werden kann.

Judenhetze ist heute vor allem ein Problem unter muslimischen Jugendlichen.

Muslime können jetzt Sendungen aus muslimischen Ländern empfangen, die nichts anderes sind als Hasspropaganda. Zum Beispiel ... „Die Protokolle der Weisen von Zion“. Diese judenfeindliche Hetze hat dank Satellitenfernsehen eine Verbreitung, die die nationalsozialistische Propaganda nie erreichen konnte.

Aus Erfahrung weiß ich, dass es in Deutschland eine Tendenz gibt, das Problem des Antisemitismus herunterzuspielen. Ich schließe nicht aus, dass auch bei den am Frankfurter Verfahren Beteiligten der untergründige Wille vorhanden war, den für das Ansehen Deutschlands unangenehmen Messerangriff auf einen Rabbiner zur einfachen Straftat herabzustufen.

Herunterspielen eher weniger. Eher auf Rechts abonnieren! Nur Rechte dürfen Antisemiten sein, der linke Antijudaismus, der als Antizionismus getarnt daher kommt, schafft sich im Grunde genau in solchen Urteilen Luft. Um das Ansehen Deutschlands geht es dabei eher weniger. Öfters wird im Gegenteil der „Migrationshintergrund“ der Täter verschwiegen, weil dieser entlarven würde, dass mit der „Integrationpolitik“ so Einiges schief gelaufen ist.

Deutschland handle heute trotz und wegen seiner Geschichte nach dem Motto von Christian Morgenstern, dass „nicht sein kann, was nicht sein darf.“

Untergründig ändert sich da etwas, dass judenfeindliche und nationalistische Haltungen allmählich nicht mehr so geächtet werden wie bisher. Diese Dreistigkeit nimmt zu, ohne entsprechende Reaktionen nach sich zu ziehen. Manche wollen um jeden Preis Normalität – eine forcierte „Normalität“ wohl gemerkt, in der endlich Kritik an Juden frei weg von der Leber nach der Maxime „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ möglich sein soll.

Ja, Judenfeindlichkeit darf nicht verniedlicht oder verharmlost werden. Die Vergangenheit darf nicht geleugnet oder vergessen werden. Dennoch ist ein gewisses Ausmaß an Normalität wichtig. Wird sie zu sehr unterdrückt, führt das Unzufriedenheitsgefühl der Menschen zu neuem Extremismus.

Oft übersehen wird, dass es nicht nur Rechtsextremismus, sondern auch um nichts weniger gefährlichen Linksextremismus gibt, der in seinem Antizionismus oft zutiefst antisemitisch daherkommt.

Eine weitere Gefahr liegt tatsächlich in der häufigen Verharmlosung des Islam, der in seinem System eine Tendenz zum Totalitarismus enthält und dessen Systemkritik im Keim mit dem Vorwurf des Rassismus erstickt wird, obwohl es keine islamische „Rasse“ gibt.

(Spürnase: Stephan von L.)

ZMD berät Banken in islamischem Recht



[Auch im Finanzwesen](#) hält die Scharia Einzug. „Der Zentralrat der Muslime in Deutschland bietet deutschen Banken seine Beratungs- und Prüfdienste im islamischen Finanzgeschäft an: Der ZMD prüfe Finanzierungs- und Anlageangebote von Banken und anderen Finanzinstitutionen auf ihre ‚Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Prinzipien des Islam‘.“

Außerdem will man rein menschlich gesehen den 3,5 Mio Muslimen in Deutschland mit ihren geschätzten 20 Mrd. Euro bei der Geldanlage behilflich sein. Für einen gläubigen Diener Allahs sind im Land der Ungläubigen gar viele Fallen aufgebaut.

„Wir erhalten regelmäßig Anfragen von Muslimen aus ganz Deutschland, wie sie mit ihrem Geld islamisch umgehen und/oder ihr Vermögen im Einklang mit ihrem Glauben anlegen sollen.“ Der Verband wolle seinen Anteil dazu beitragen, „dass auch in Deutschland Muslime islamkonform in die Finanzwelt integriert werden.“

Viel fortgeschrittener ist man bereits in Österreich.

In Österreich gibt es schon seit längerem Pläne für echtes Islamic Banking. Derzeit bieten aber nur einige Banken so genannte Islam-Fonds an, die im Einklang mit der Scharia stehen.

Und so schleicht die Scharia sich Stück für Stück in unsere Gesellschaft ein. Wer weiß, wie lange es Banken noch erlaubt ist, reines und unreines Geld gemeinsam zu verwalten.

Kasachstan **diskutiert** **Polygamie**

✘ Wo der Islam in den Köpfen herrscht, da herrscht – früher oder später – die Sharia auf den Straßen. Der Drang, Menschenrechte zugunsten grausamer vorzivilisatorischer Herrschaftsformen zurück zu drängen, scheint die Rechtgläubigen wie ein böser Zwang zu beherrschen. In der überwiegend von Muslimen bewohnten ehemaligen Sowietrepublik Kasachstan bringen die politischen Vertreter der Muslime einen Gesetzentwurf ein, der die selbst während der Sowietzeit noch verbreitete Polygamie nicht etwa abschaffen, sondern legalisieren soll. Darunter hat man sich allerdings nicht ein liberales Eherecht des fröhlichen Lotterlebens vorzustellen, sondern eine grausame Form von Menschenhandel und Zwangsprostitution.

Das katholische [Magazin für Kirche und Kultur](#) berichtet unter Berufung auf Asianews:

Im kasachischen Parlament wurde ein Gesetzentwurf zur Legalisierung der Polygamie eingebracht. Im mehrheitlich islamischen Zentralasien ist Vielweiberei ein verbreitetes

Phänomen. Die Zusatzfrauen und deren Kinder haben jedoch meist keine Rechte. Wohlhabendere Männer „kaufen“ sich abseits der geltenden Rechtslage jüngere Zweit- und Drittfrauen von armen Familien.

Die Befürworter der Polygamie begründen den Vorstoß mit dem islamischen Recht, das jedem Moslem bis zu vier Frauen zugesteht, wenn er imstande ist, sie zu erhalten. Weiters behaupten sie, dies könne eine Möglichkeit sein, die demographische Lage des Landes zu verbessern. Im islamischen Zentralasien war die Polygamie durch Jahrhunderte verbreitet und noch während der Sowjetzeit hatten viele Männer mehrere Frauen, wenn auch nur die erste Ehe rechtliche Gültigkeit hatte. Ähnliche Vorschläge wurden bereits in den letzten Jahren vorgebracht, z.B. von der islamischen Frauenliga Kasachstans, deren Vorsitzende, Amina Abdurkarim Qyzy, erklärte, daß die Legalisierung der Polygamie „viele Männer und Frauen glücklich machen würde“.

Experten sind der Ansicht, daß im Süden des Landes, wo die islamische Tradition stärker verwurzelt ist, bereits viele Männer mehr als eine Frau haben. Die Polygamie ist seit 1988 kein Straftatbestand mehr. Bei Scheidung oder Tod des Mannes sind die nachgereihten Frauen und deren Kinder jedoch völlig rechtlos. Die Scheidung von einer Frau ist nach islamischem Recht für den Mann problemlos erreichbar.

Doch gibt es im Land heftigen Widerstand gegen die Bestrebungen. Die islamische Abgeordnete Bahyt Syzdykova bezeichnete den Antrag schlicht als „sinnwidrig“. Im Mai provozierte sie in einer Fernsehdiskussion mit dem Vorschlag, dann aber auch gleichzeitig die Polyandrie einzuführen und es auch den Frauen zu erlauben, mehrere Männer zu haben, was ihr heftige Angriffe einbrachte. Die Abgeordnete fordert seit Jahren, daß nicht die Polygamie eingeführt, sondern den unehelich geborenen Kindern endlich mehr Rechte zuerkannt werden sollten.

Wie eine Umfrage der kasachischen Tageszeitung Express K ergab, lehnt sowohl eine Mehrheit der Frauen als auch der Männer die Legalisierung der Vielweiberei ab. Während aber rund 40 Prozent der Männer dafür wären, sind 73 Prozent der Frauen dagegen. Weitere 22 Prozent der Frauen würden sie nur unter der Bedingung akzeptieren, daß jede Frau getrennt in einem eigenen Haus oder eigenen Wohnung und mit den gleichen Lebensstandards leben könnte.

Die Frage wird auch in den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens diskutiert, in denen die Situation vergleichbar ist. Beobachter berichten, daß in einigen Regionen, sich Männer, die das nötige Geld besitzen, eine zweite oder eine dritte jüngere Frau nehmen. Sie „kaufen“ sie von armen Familie, indem sie den Verwandten eine finanzielle Zuwendung zukommen lassen.

(Spürnase: Bernd)